

Vorwort

Nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 wurde die Frage, wie sehr der ökonomische Rückschlag die Dominanz des neoliberalen Denkens in Politik und Öffentlichkeit schwächen würde, schnell zu einem der Themen, das sich in den politischen Diskussionen, an denen ich beteiligt war, immer wieder in den Vordergrund schob. Meine Gesprächspartner verwiesen darauf, dass das globale Finanz- und Bankensystem nur durch die Intervention der Regierungen vor dem Zusammenbruch bewahrt werden konnte. Sie verwiesen auf die Presse, in denen die ‚Rückkehr des Staates‘ verkündet wurde. Sie beriefen sich auf Robert Skidelskys ‚Keynes: The Return of the Master‘ und auf Paul Krugmans Ankündigung, dass die Einsichten des Autors der ‚Allgemeinen Theorie‘ nach der Krise wichtiger sein würden als je zuvor. Und sie führten Joseph Stiglitz ins Feld, der mit der Idee spielte, dass der Zusammenbruch von Lehman Brothers vielleicht ‚für den Marktfundamentalismus das gewesen sei, was für den Kommunismus der Fall der Berliner Mauer war‘. Umso größer war die Enttäuschung, als sichtbar wurde, dass sich all diese Hoffnungen nicht erfüllten.

Was ist falsch an dem Gedanken, dass die wirtschaftliche Krise in direkter und vorhersagbarer Weise die öffentliche Meinung und das politische Denken verändern werde? Wie ist es möglich, dass sich nicht nur viele Journalisten, interessierte Kollegen und Beobachter, sondern auch kritische Nobelpreisträger so sehr täuschten?

Die Erwartung, dass wirtschaftliche Rückschläge und Krisen das Bild, das sich die Menschen von der Gesellschaft machen, in Richtung einer tieferen Einsicht in die Grundlagen des sozialen Zusammenlebens fortentwickeln würden, ist unter den kapitalismuskritischen Bewegungen spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts vorherrschend. Es seien nun einmal vor allen Dingen die wirtschaftlichen Krisen, die die inneren Konflikte des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems am deutlichsten hervortreten ließen. Bis heute hält die Mehrzahl der fortschrittlichen Kräfte an der Vorstellung fest, dass das menschliche Denken, – wenn auch in einer komplizierten und nicht immer im Detail nachvollziehbaren

Art und Weise – letztendlich durch die wirtschaftlichen Gegebenheiten bestimmt werde.

Es ist diese meist als selbstverständlich hingenommene und daher nicht weiter hinterfragte Annahme, mit der ich mich in diesem Essay auseinandersetzen möchte. Könnte die Tatsache, dass die wirtschaftliche Krise die Vorherrschaft des neoliberalen Credo nicht gebrochen hat, als ein Hinweis darauf zu interpretieren sein, dass die Vorstellung, die wirtschaftlichen Bedingungen seien die Basis, auf die sich die politischen Ansichten und Einstellungen stützen, zu kurz greift? Wäre es möglich, dass der Zusammenhang von wirtschaftlicher Lage und gesellschaftspolitischen Ideen ein ganz anderer ist, als in dieser Vorstellung zum Ausdruck kommt? Der Gedanke ist nicht ganz neu. Am eindringlichsten wurde er von Karl Polanyi vorgebracht. Die gesellschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert analysierte Polanyi wesentlich als den Versuch der Umsetzung einer Utopie – der des ökonomischen Liberalismus – und der Reaktion der Gesellschaft, um sich vor den zerstörerischen Auswirkungen dieses illusorischen Unterfangens zu schützen.

Es ist diese Perspektive, aus der ich mich dem neoliberalen Credo und seiner Bedeutung in der aktuellen Entwicklungsphase zuwenden möchte. Der Essay sucht nicht nach kurzfristigen Antworten. Sein Ziel ist es, Denkanstöße zu geben, Probleme deutlich zu machen, Widersprüche des neoliberalen Credo aufzuzeigen und nach Möglichkeiten zu suchen, wie Demokratie und persönliche Freiheit auch jenseits wirtschaftsliberaler Konzeptionen aufrecht erhalten werden können.

Berlin, August 2012

Claus Thomasberger